

II-7507 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3751/J

1989-05-17

A n f r a g e

der Abgeordneten SCHEUCHER
und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die einen
Mißbrauch der Institution der Ehe zwecks Erlangung einer Arbeits- und Aufent-
haltsbewilligung verhindern

Im Bezirk Voitsberg, der österreichweit eine hohe Arbeitslosenrate ausweist,
wird darüber Beschwerde geführt, daß angeblich liberale Vorschriften zu einem
Mißbrauch der Institution der Ehe führen und damit die Erlangung einer Ar-
beits- und Aufenthaltsbewilligung - ohne daß die Absicht zur Gründung einer
echten Lebensgemeinschaft besteht - begünstigen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der SCHEINEHEN
immer größer wird und damit die Bemühungen zum Schutz inländischer Arbeit-
nehmer zunehmend unterlaufen werden.

So wird ferner auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß Personen, die als
Touristen einreisen und innerhalb der ersten Aufenthaltsfrist heiraten, an-
geblich automatisch in den Genuß des begehrten Befreiungsscheines und der
Aufenthaltsbewilligung gelangen.

Diese Vorgangsweise bei der Erteilung des Befreiungsscheines regt geradezu zur
Schließung einer SCHEINEHE an und stößt zunehmend auf völliges Unverständnis
und Kritik.

In der Zwischenzeit sind durch entsprechende Maßnahmen zwar die Staatsbürger-
schaftsehen abgebaut worden, die Zahl der SCHEINEHEN zwecks Erlangung eines
Befreiungsscheines geht dagegen in die Tausende.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundes-
minister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

1. In welchem Ausmaß haben in den letzten Jahren die sogenannten SCHEINEHEN in
Österreich zugenommen bzw. sich bundesländerweise entwickelt?
2. Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setzen,
um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?